

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 30. März 1899.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Zum 80. Geburtstage des Reichskanzlers.

Am 31. März, dem diesjährigen Charfreitag, vollendet Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst sein 80. Lebensjahr und begeht damit eine Feier, an der unser Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und das deutsche Volk herzlich theilnehmen aus Dankbarkeit für die Verdienste, die sich der leitende Staatsmann um das Vaterland erworben hat. Fürst Hohenlohe konnte auf eine rühmliche Vergangenheit zurückblicken, er befand sich in den begünstigsten amtlichen Verhältnissen, als er am 28. Oktober 1819 dem Rufe des Kaisers folgte und die dornenvollen Aemter des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten übernahm. Nicht der Ehregeiz führte ihn nach Berlin; denn er hatte als bayerischer Ministerpräsident, als deutscher Vizekanzler, als Statthalter der Reichsländer der Ehre genug gekostet. Nicht materieller Vortheil lockte ihn; denn Fürst Hohenlohe veranfaßte eine reich ausgestattete Würde mit einer minder besoldeten. Nur das Pflichtgefühl und die Vaterlandsliebe konnten ihn veranlassen, die verantwortungsvollen Aemter anzunehmen, nachdem er die Schwelle des bürgerlichen Alters längst überschritten und ein Recht auf Ruhe erlangt hatte. Für die mannigfachen Veränderungen der Gegenwart war es eine glückliche Fügung, daß ein Staatsmann wie Fürst Hohenlohe an die Spitze der preussischen und der Reichsgeschäfte berufen wurde. In den weitesten Kreisen herrscht vor allem das Vertrauen, daß unsere auswärtige Politik seinen besseren Händen anvertraut werden konnte. Die diplomatische Schule des Fürsten Bismarck, reiche Erfahrungen, eine außergewöhnliche Kenntnis der Geschichte und der leitenden Staatsmänner, ein ruhig abwägendes Urtheil bei entscheidender Thatkraft und festem Willen rechtfertigen in hohem Maße dieses Vertrauen, das man überall, und nicht am wenigsten in Süddeutschland der deutschen Politik entgegenbringt. Das unsere Beziehungen zu England wieder gebessert, daß die Rechte der deutschen Gläubiger bei dem griechisch-türkischen Friedensschluß so nachdrücklich wahrgenommen sind, ist in erster Reihe das Verdienst des Fürsten Hohenlohe, ebenso wie es ihm nächst dem Kaiser hauptsächlich zu verdanken ist, daß wir in Ostasien den für wirtschaftliche Entwicklung so notwendigen Stützpunkt von China auf friedlichem Wege erlangt haben. Was man aber dem Fürsten Hohenlohe nicht hoch genug anrechnen kann, ist, daß er der Hauptträger der auf die Erhaltung des Weltfriedens gerichteten Bestrebungen ist, unter dessen Schutze Handel und Wandel ertüchtigt gedeihen. Die glückliche und vornehmende Hand des greisen Staatsmannes zeigt sich auch in der inneren Politik. Fürst Hohenlohe liebt nicht Kampf und Streit. In den Parlamenten nimmt er verhältnismäßig selten das Wort und dann meist nur zu kurzen Erklärungen. Aber sein der unmittelbaren Öffentlichkeit entgegengesetzte Schaffen ist um so reger und erfolgreicher. Er versteht es meisterhaft, geistvolle Werke, bei denen zahllose Schwierigkeiten zu überwinden und hundertfältige Meinungen in ein Strombett zu leiten sind, schließlich unter Dach zu bringen. Es sei nur erinnert an das gewaltige Werk des Bürgerlichen Gesetzbuchs, an das Handwerks-Organisationsgesetz, an die verschiedenen Einrichtungen Nord- und Süddeutschlands zu vernehmen, daß ein Mann, der die Militär-Strafgerichts-Verfahren, bei dem jener Zwiespalt noch schärfer und in politisch grumbfächtiger Art hervortrat. Wenn man erwägt, welcher langwierigen Verhandlungen es bei diesen und ähnlichen Dingen zwischen den Bundes-Regierungen bedurfte, wie es nötig war, mit den Parteien zur Verständigung zu gelangen, wie mit Vereinigungen zusammenzuführen, wie endlich zwischen Krone und Volksvertretung zu vermitteln war, und wenn man bedenkt, daß der Reichskanzler, obgleich Minister und Räthe auch ihr vollendetes Maß an Arbeit hatten, doch die leiseren Arbeit verrichtete und die vollendende Hand auflegte, — so kann man nicht anders als die Wirksamkeit des Fürsten Hohenlohe auf das höchste bewundern. Möge es dem 80jährigen Staatsmann vergönnt sein, in ungetrübter Gesundheit und Frische im Dienste des Kaisers, zum Wohle des deutschen Volkes auch fernerhin zu wirken!

Zur Friedenskonferenz.

In London empfing gestern Lord Balfour im Auswärtigen Amt eine Abordnung der Gesellschaft des „Internationalen Friedenskreuzes“. In der Abordnung befanden sich der Earl of Aberdeen und die Bischöfe von London und Rochester. Die Abordnung überreichte eine Denkschrift zur Förderung der im Friedensmanifest des Jahres ausgeprochenen Ideen, die Namensunterzeichner aus mehr als 200 Städten aller Theile Großbritanniens aufweist, wo die Gesellschaft Versammlungen veranstaltet hat. Balfour betonte in seiner Erwiderung, daß die englische Regierung der Sache des Friedens die herzlichsten Sympathien entgegenbringe. Er betonte es sehr, daß der Plan eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages zwischen England und den Vereinigten Staaten gescheitert sei; er sei aber überzeugt, daß die Zeit noch einmal kommen werde, wo ein solcher Vertrag zwischen den beiden großen Theilen der angelsächsischen Rasse zu Stande komme. Das Charakteristischste an dem Abrißvorschlages sei, daß er ausgegangen sei von dem Haupt der größten militärischen Nation der Welt. Die von dem Kaiser von Rußland ausgegangene Bewegung habe nirgendwo lauter und unmittelbarer Widerhall als in England gefunden. Er, Balfour, begrüße diese Bewegung als einen Markstein im Fortschritt der Menschheit und als einen Schritt, der die Welt der großen Idee des Weltfriedens merklich näher bringe.

Der schwedische Bundesrath wird der Friedenskonferenz mehrere Anträge vorlegen, die sich hauptsächlich auf Abänderungen der Genfer Konvention beziehen. Manche Bestimmungen der vor 35 Jahren gegründeten Konvention passen nach Ansicht des Bundesrathes absolut nicht mehr in die heutigen Verhältnisse, andererseits haben die Kriegserfahrungen seit der Gründung noch manche Mängel gezeigt, die beseitigt werden sollen. Deshalb hält der Bundesrath die Friedenskonferenz für das geeignete Forum, um eine Abänderung anzugehen und passende Er-

schlüsse zu machen. Die Anträge des Bundesrathes lauten nach ihrem wesentlichen Inhalte wie folgt: „Die Kriegführenden haben für die Verwundeten beider Parteien gleiche Sorge zu tragen. Es wird angeregt und soll unterstellt werden, ob es thöricht sei, die geheilten Verwundeten des Gegners in die Heimat zu entlassen, statt wie bisher als Kriegsgefangene bis zur Beendigung des Krieges zu behalten. Mit Kapazitäten, die den ferneren Waffengang beeinflussen könnten, wäre die Ausnahme zulässig. In Bezug auf den Austausch von Verwundeten und Gefangenen sollen den Truppenkommandos weitestgehende Freiheiten gewährt werden. Die noch oftmals vorkommenden Verstöße gegen die Bestimmungen der Genfer Konvention sind weniger auf bösen Willen als auf Unkenntnis der konventionellen Satzungen zurückzuführen. Deshalb soll in allen Heeren die Unterweisung der Truppen in den hauptsächlichsten Bestimmungen obligatorisch eingeführt werden. Gegen den Mißbrauch des internationalen Feldzeichens sollen scharfe Maßregeln beschaffen werden. Es sei eine besondere Feldpolizei zu schaffen zum Schutze der Verwundeten auf dem Schlachtfelde. Die Verwundeten sollen als neutral erklärt werden. Um über das Schicksal der nach einem Treffen vermissten Soldaten nicht so lange im Ungewissen zu sein und hauptsächlich den Angehörigen manchen Kummer zu sparen, sollen nach jeder Schlacht alle Todten, Verwundeten und Gefangenen identifiziert und soweit es Verluste der Gegner betrifft, denselben davon Mittheilung gemacht werden. Die Identifikation der Todten wird leicht zu ermöglichen, wenn jeder Mann ein Metallschild mit Namen und Truppenkörper auf dem Leibe trüge, wodurch die Feststellung ohne Verzögerung möglich wäre. Wegen der Gefährlichkeit der Missionen der Schlachtfelder sollen keine Lazarethe in ihrer Nähe errichtet werden dürfen. Die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seefrieg wird in einem besonderen Antrage zur Sprache gebracht werden, wobei hauptsächlich noch andere Gebiete der Seefriegbestimmungen zur Erörterung kommen. Endlich sollen die Sanitätsgesellschaften zum „Rothem Kreuz“ offiziell anerkannt und zugelassen werden, wobei ihre Flagge überall als unantastbar angesehen werden soll. Im griechisch-türkischen Kriege verweigerte die türkische Heeresleitung den Zutritt des „Rothem Kreuzes“ wegen seines Feldzeichens, das den Fanatismus der Mohammedaner reizen könnte. Nachdem das Feldzeichen in einen rothen Halbmond umgewandelt war, konnte die Theilnahme an den Kriegsoperationen ungehindert erfolgen. Auch die Vereinigten Staaten haben vor einem Jahre die Zulassung des „Rothem Kreuzes“ abgelehnt. Da in Ostasien, Deutschland und der Schweiz das „Roth Kreuz“ staatlich unterstützt wird und im Kriegsfall bestimmt ist, sich der militärischen Krankenpflege zur Seite zu stellen, so ist es auch notwendig, daß die Institution von den Mächten anerkannt wird.“

Die Vorgänge in Frankreich.

Die dem früheren Präsidenten der französischen Republik Felix Faure von einem seiner Freunde, dem inzwischen verstorbenen Dr. Gibert, zugegebene Aeußerung über die Verurtheilung des Kapitäns Dreyfus auf Grund eines diesem und seinem Verteidiger nicht mitgetheilten geheimen Aktenstücks hat die Gegner der Revision in große Bestürzung versetzt. Das Mitglied des Instituts, Gabriel Monod und dessen Sohn, die die Aeußerung an die Öffentlichkeit brachten, gehören zu den angesehensten protestantischen Familien in Frankreich, und ihre Wahrhaftigkeit ist über jeden Zweifel erhaben. Was soll man aber dazu sagen, daß Felix Faure, als Dr. Gibert im Prozesse Zola Zeugnis ablegen sollte, dies durch die Worte zu verhindern suchte: „Falls Sie das wiederholen, was ich Ihnen gesagt habe, so werde ich mein Wort geben, daß es nicht wahr ist.“ Eine feststehende Erklärung dieses Vorganges wird im „Figaro“ mit dem Hinweis verurteilt, daß Dr. Gibert zwar ein vortrefflicher Mensch, eine Art Apostel der Armee gewesen sei, der ihnen als Arzt unentgeltlich seine Dienste geleistet, daß er jedoch seit drei Jahren unter dem Einflusse einer Somnambule gestanden habe. Diese feststehende Aeußerung wird jedoch vom „Temps“ in der gestern Abend eingetroffenen Nummer vollständig zerstört. Ein Freund des Dr. Gibert stellt vielmehr fest, daß dieser bis zu seinem Tode Korrespondent der Académie de Médecine gewesen sei und sich zwar für Hypnotismus zugleich mit Pierre Janet interessierte, den Mediums jedoch niemals getraut habe. Ueber die Unterredung des Dr. Gibert mit Felix Faure werden so bestimmte Einzelheiten mitgeteilt, daß der Fall vollständig aufgeklärt erscheint. Unmittelbar nach der Unterredung theilte Dr. Gibert deren Verlauf in authentischer Weise mit und stellte die Thatsache fest, daß das Kriegsgericht von 1894 nach der Versicherung des Präsidenten der Republik dem Angeklagten und dessen Rechtsbeistanden unbekannte geheime Aktenstücke vorgelegt worden sind. Daß diese Angaben zutreffend sind, ergibt sich überdies aus der Thatsache, daß dem Kassationshofe in diesen Tagen erst wieder in feierlicher Prozession das geheime Aktenstück vorgelegt worden ist, während der Angeklagte davon niemals Kenntnis erhalten hat.

Manau erklärte Dupuy, er werde Alles daran setzen, daß die Entscheidung sofort nach der Aeußerung vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments gefällt werde; die Ergänzungsenquete wird voraussichtlich auf die Konfrontierung Picquart's mit Noget beschränkt.

Zur Feuerbestattung

veröffentlicht ein Geisteslicher in Heilbronn, der von sich sagt, daß er der Feuerbestattung „gewiß keine weitere Verbreitung wünscht“, einen Artikel, in dem er den Kirchenbehörden eine dübsamere Praxis dringend anempfiehlt. Er schildert die Bestattung der Aichterreife eines angesehenen Bürgers auf dem evangelischen Friedhof, die in aller Feierlichkeit mit Ansprachen, Choralgesang und stüllem Gebet vor sich ging. Wird da nicht, so fragt er, jeder, der über die Sache nachdenkt, Folgendes zugeben müssen: Die einen Theilnehmer, die bisher nur durch lockere Fäden mit der Landeskirche verbunden waren, werden sich

angezogen dieser würdig verlaufenen Beerdigung fügen; es geht auch so, nur daß dann vielleicht aus einem stillen Vaterunser später ein lautes und aus einer Freundschaftsrede eine halbreiende Ansprache eines Nichtparrers wird; die anderen aber, die enger mit der Landeskirche verbunden sind, können über die Widersprüche, in denen sich die landeskirchliche Praxis bewegt, nicht hinwegkommen. Ich habe eine ganze Reihe Männer kirchlicher Richtung gefragt, wie ihnen die Feier vorgekommen sei. Antwort: man könne es nicht begreifen, daß vor der Verbrennung ein Hauptgottesdienst von einem Pfarrer im Ornat gehalten werde, bei der Beerdigungsbegleitung, bei der eigentlichen offiziellen, öffentlichen Beerdigung der Pfarrer davonlaufe; warum denn die Kirche hier so streng sei und bei Trunkenbolzen, Arbeitern und Selbstmördern nicht; warum die Kirche jetzt die Leute, die sich verbrennen lassen, ächte, während man doch ganz gut sich denken könne, daß sie in etlichen Jahren der öffentlichen Meinung nachgeben werde. Wahrhaftig, das sind peinvolle Widersprüche. Anstoß hätte, soweit ich zu beurtheilen vermag, unter der sehr großen Versammlung schwerlich jemand daran genommen, wenn der Seelsteige im Ornat seines Amtes vor dem Grabe gewaltet hätte. Das Grab war da, der Sarkophag war da, der kirchliche Wille der Angehörigen war da, die kirchliche Stimmung bei der Mehrzahl der Erschienenen sicherlich auch. Die Konflikte werden nicht aufhören. Sie werden noch peinvoller werden. Aber wollen wir riskieren, daß der Verein für Feuerbestattung sich halb oder ganz religiöse Leichenredner heranschafft und gerade durch die kirchenähnliche Behandlung der Bestattung die wirksamste Propaganda für seine Sache macht. Es ist das erste Mal, daß in der evangelischen Kirche eine zustandensmässige dogmatische indifferente Sitten zum Merkmal der Zugehörigkeit zur Kirche oder wenigstens zum Grund der Verweigerung kirchlicher Ehrenrechte, wenn man den Ausdruck gebrauchen darf, gemacht wird. Galt es nicht, daß diese Stellungnahme aus inneren und äußeren Gründen nicht laffen. Die Feuerbestattungsvereine und die leibhaftigen Verbrennungen, die die Kremation anordnen, nehmen zu. Da es sich jetzt hierbei um vernünftige und angenehme Leute handelt, werden die Beerdigungen gewöhnlich zahlreich besucht sein. Wir werden immer häufiger in solche Konflikte kommen, immer häufiger den Widerspruch empfinden bei der Behandlung der Angehörigen eines Selbstmörders und eines Feuerbestattungsfreundes. Und nachgeben wird die Landeskirche schließlich doch. Wird sie in der Zwischenzeit gewinnen oder verlieren? Mir scheint es klüger, die Kirche würde nachgeben, so lange die überwiegende Mehrheit der Theilnehmer die Mitwirkung des Geistlichen bei der Bestattung wünscht, und das ist thatsächlich der Fall. Wir predigen den Lebendigen und nicht den Todten.“

Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß die kirchlichen Behörden durch solche einträglichen Rathungen zu einer Veränderung ihres Verhaltens sich bestimmen lassen werden.

Aus dem Reiche.

Nach dem „Bayerischen Courier“ wird im Sommer in Vergessgaben die deutsche Kaiserfamilie erwartet. Anzusehen sei zum Aufentshalt die Villa Alpenruh. — Der Ober- und Gouvernements-Auditeur des Gouvernements Berlin, Geheimrath Justizrath Brüggemann, feiert am 4. April d. J. sein 50jähriges Dienstjubiläum. Er ist am 13. Juli 1827 geboren und hat an dem Feldzug 1870—71 theilgenommen. Am 27. d. M. hat der Jubililar einen längeren Urlaub angetreten und sich mit seiner Gattin nach dem Süden begeben. — Als vorläufiger Nachfolger des Herrn v. Borrich in der Leitung der Medizinalabtheilung des Kultusministeriums wird von der „D. med. Wochenschr.“ der Geh. Ober-Regierungsrath und vortragende Rath Dr. Forster bezeichnet. — Zum ersten Mal erhält jetzt das deutsche Heer eine Jägerbrigade, die 82. Brigade mit dem Standort Kolmar im Elsaß. Sie gehört zur 39. (neu gebildeten) Division und setzt sich aus vier Jägerbataillonen zusammen; es sind dies das 8. Bataillon in Schleifstadt, das 4., 10. und 14. in Kolmar. — In Frankfurt a. M. bestand in Magistrats- und Stadverordnetenkreisen die Absicht, die bereits vorhandene Theatersteuer auf Varietés, Zirkus u. s. w. auszuheben. Die Stadtoberordneten lebten jedoch mit schwacher Mehrheit die Erweiterung dieser Steuer ab. — Wie der „Grand Ges.“ meldet, beabsichtigt ein polnisches Finanzkonkordat, die der Fürstin Oginski gehörigen, im Strasburger und Berentz'schen in Westpreußen belegenen umfangreichen Besitzungen zur Kolonisation anzubieten. Die Ansiedelungskommission beabsichtigt, wie der „Grand Ges.“ berichtet, die Güter Skarpi und Wilkows bei Jempeleburg i. W. anzubieten. Es wäre dann ein Landkomplex von 13 000 Morgen im Zusammenhange, mit Einschluß von Waldau und Gr. Kozburg. Letzteres ist bereits ganz besiedelt, es ist in 55 Grundstücke getheilt. Der Rest der Ansiedler zieht jetzt im Frühjahr zu. — Die Witwe des verstorbenen Kommerzienraths und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Karl Clemm in Ludwigshafen hat zur Erinnerung an ihren heimgegangenen Gatten der Selbstthätigkeit auf dem Waldhof 100 000 Mark überwiesen. Die Errichtung dieser Stiftung sollen dazu dienen, unverschuldet in Noth gerathene Arbeiter der Fabrik oder deren Familien zu unterstützen. Außerdem haben verchiedene Wohlthätigkeitsanstalten in Ludwigshafen namhafte Beträge erhalten. — In der Plenarsitzung der westpreussischen Landwirtschaftskammer kam u. A. auch die ländliche Arbeiterfrage zur Sprache. In der Debatte wurden die bekannnten agrarischen Vorstöße gegen die Freizügigkeit fortgesetzt. Es wurde die Heranziehung des Alters, bis zu welchem die Freizügigkeit beschränkt werden soll, verlangt. Die Militärverwaltung habe ein Interesse daran, daß die jungen Leute bis zur Militärzeit auf dem Lande festgehalten würden. Ferner wurde ein staatliches Verbot der sogenannten Salsengängerer gewünscht und beantragt, Invaliditätsgelder sollten zum Bau von Arbeiterwohnungen auf dem Lande gegeben werden. Der anwesende Oberpräsident v. Götze ging auf die Wünsche bezüglich der Beschränkung der Freizügigkeit nicht ein und erklärte in Bezug auf den letzten Wunsch, die Gewährung von Geldern zum

Bau von Arbeiterwohnungen auf dem Lande sei tens der Invaliditäts-Versicherungsanstalt sei ernstlich erwogen worden, zu einem Abschluß sei man noch nicht gekommen. Bekanntlich sind bereits Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen in einigen Städten seitens der Invaliditäts-Versicherungsanstalt in Aussicht gestellt worden. — Die Polizeibehörde in Schwes hat einen Malermeister und Tapezierhändler aufgefordert, auf seinen Firmenschildern die Bezeichnungen „Maler“ und „Tapezierhandlung“ zuerit, links neben der polnischen Bezeichnung, in deutscher Sprache anzubringen und ihm im Verweigerungsfalle eine Ordnungsbüße von 60 Mark angedroht. Auch zwei andere Einwohner von Schwes, ein Tischlermeister und ein Barbier, erhielten von der Polizeibehörde die Aufforderung, ihre Firmenausschriften zuerit in deutscher Sprache anzubringen. Alle drei Personen wollen gegen die polizeilichen Verfügungen Widerspruch erheben.

Deutschland.

Berlin, 30. März. Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, ist der Gesetzesentwurf zum Schutze Arbeitswilliger im Reichsamt des Innern nunmehr fertiggestellt worden. Es soll bereits die Genehmigung des Kaisers zur Einbringung im Bundesrath erfolgt sein. Nach einer Meldung würde der Entwurf die Bezeichnung: Gesetz über den „Schutz Arbeitswilliger“ führen. Arbeitswilliger? Es sollte sich doch nach den bisherigen Angaben auch um den Schutz solcher Personen handeln, die am Weiterarbeiten gehindert werden.

Belgien.

Brüssel, 29. März. Repräsentantenkammer. Bei der Debatte über die Interpellation Lorand (Linke) betreffend die Ausweisung des ehemaligen französischen Abbe Charbonnel kommt es zu heftigen Zwischenfällen. Die Rechte verlangt den Schluß der Debatte, die sozialistische Linke erhebt hiergegen Einspruch; mehrere Sozialisten greifen den König an. Demblon (Sozialist) wird zur Ordnung gerufen; hierauf entseht Lärm. Der Präsident droht, die Sitzung aufzuheben. Journe (Sozialist) erklärt, die Regierung habe ihre Informationen über die Angelegenheit Charbonnel nur durch Berichte ihrer Polizeispigel erhalten. Der Präsident suspendiert hierauf die Sitzung, die Linke drängt gegen die Rechte vor und bezieht sie mit der Faust. Einige Mitglieder der Rechte verhindern einen Faustkampf. Die Deputirten der Rechte und der Linken schlenndern sich gegenseitig Beleidigungen ins Gesicht und werfen sich Feigheit vor. (Verämbelnd Lärm.) Der Präsident läßt die Tribünen räumen. Ein Besucher der letzteren ruft den Deputirten der Linken zu, ob man die Zuhörer hinausweisen dürfe, worauf die Sozialisten mit „Nein“ antworten. Ein Theil der Tribünenbesucher leistet der Räumung Widerstand. Sozialbienen und Soldaten schreiten zur Räumung der Tribünen, welche Schwierigkeiten bereitet. Auf den Zuschauertribünen kommt es zu einem Sande-gemeine. Die Deputirten fahren in ihren gegenseitigen Beleidigungen fort. Bethune (Rechte) und Journe (Soz.) finden sich gegenseitig ihre Zeugen. Nach einmündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder aufgenommen und die Tribünenbesucher werden zugelassen. Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Rechten wird Vertagung der Debatte beantragt, dieser Antrag aber mit 71 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Als sodann über einen Ordnungsruf abgestimmt werden soll, stellt sich Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Frankreich.

Paris, 29. März. Dem „New York Herald“ wird aus Manila gemeldet, die Aufständischen hätten Bulakan in Brand gesteckt. Der Ort liegt etwas südlich von Malolos, an den Ufern der Bai von Manila. Die „Monadnock“ befehlt das Binas. Del Marinha fanden abermals Kämpfe zwischen den Amerikanern und den Eingeborenen statt, wobei letztere zum ersten Male in der Linie den Amerikanern Stand hielten, jedoch mit starkem Verlust in die Flucht geschlagen wurden. Die Amerikaner hatten dabei 5 Tode und 9 Verwundete.

Rußland.

Petersburg, 29. März. Die Verhandlungen zwischen Rußland und England über die Chinfrage verlaufen günstig; der Abschluß einer Konvention steht bevor.

Rumänien.

Bukarest, 29. März. In Folge von Audienzen, die der frühere rumänische Minister Carp, der frühere konservative Senatspräsident Cantacuzino und ein jungliberaler Regierungsgegner beim Könige hatten, wird gerüchtwiese verbreitet, daß eine Kabinetskrise nahe bevorstünde.

Arbeiterbewegung.

In Frankfurt a. M. streiken in Folge der Beschlüsse, die in den Versammlungen der Brauereiarbeiter gefaßt wurden, nahezu sämtliche organisierten Brauereiarbeiter, etwa 500 an der Zahl, das sind zwei Drittel aller Brauereiarbeiter. — In Arefeld gab der Verband der Sammelabrikanten den einzelnen Fabrikanten anheim, mit ihren Arbeitern auf Grundlage des Vermittelungsvorschlages der städtischen sozialen Kommission zu unterhandeln. Das baldige Ende des Streiks ist wahrscheinlich.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. März. Die wissenschaftliche Prüfungs-Kommission für die Provinz Pommern ist für das Jahr 1899—1900 in folgender Weise zusammengelegt: Direktor: Provinzialrath Dr. Bouterwek in Stettin; stellvertretender Direktor: Geh. Regierungsrath Professor Dr. Schwannert, gleichzeitig ordentliches Mitglied für das Fach der Chemie. Ordentliche Mitglieder: Gymnasialdirektor Dr. Weider in Stettin für die allgemeine Prüfung; Professor Dr. Hauptleiter für evangelische Theologie und Gebräuch; Professor

Dr. Thomé für Mathematik; Professor Dr. Richter und Professor Dr. Krantenhagen i Stettin für Physik; Professor Dr. Gerke am Gymnasial-Direktor Dr. Bepmüller in Stralsund für klassische Philologie; Professor Dr. Seel für alte Geschichte; Professor Dr. Ullmann für alte, mittlere und neuere Geschichte; Professor Dr. Grebner und Oberlehrer Wloky in Stettin für Geographie; Professor Dr. Schuppe für Philosophie und Pädagogik; Professor Dr. Siebs für deutsche Sprache und Literatur; Professor Dr. Stengel für französische und italienische Sprache; Professor Dr. Konrath für englische Sprache; Professor Dr. Schütt für Botanik; Professor Dr. Müller für Zoologie; Professor Dr. Deede für Mineralogie. Angerordentliches Mitglied: Pfarrer Strauß in Greifswald für katholische Religionslehre.

— Das Ehren-Bürger-Diplom, welches Herrn Regierungs-Präsidenten v. Sommerfeld seitens der Stadt überreicht wird, ruht in einer Mappe aus echtem, braunem Saffianleder mit braunseidener Moiré-Fütterung. Nach einem Entwurf des Herrn Stadtbaurath Meier zeigen die Eten Schiffe, in der Mitte befindet sich der Greifentopf. Die Mappe ist aus der Buchbinderei von A. Graumann hervorgegangen.

— Der Rothe Adler-Orden 4. Klasse ist dem Oberlehrer Professor Dr. Hochhaus in Köslin und dem Oberlehrer Dr. Schmidt in Pyritz verliehen worden. Beide Lehrer treten mit dem 1. April in den wohlverdienten Ruhestand.

— Auch die Sparkasse des Kreises Randow giebt zum Schutze der Sparer jetzt auf Antrag der Einleger Kontrollmarken aus. Rückabgaben von Einlagen erfolgen dann nur gegen Vorlegung des Sparkassenbuchs und der Kontrollmarken.

* In der heute Mittag unter Vorhitz des Herrn Kommerzienraths A. bel abgehaltenen neunzehnten ordentlichen General-Versammlung der Aktionäre der Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft wurde nach Entgegennahme des Geschäfts-Berichts pro 1898 die Decharge für das neunzehnte Geschäftsjahr erteilt. Die Dividende pro 1898 wurde für das Aktienkapital von 2 400 000 Mark auf 6 Prozent festgesetzt; die nach dem Turnus ausstehenden Aufsichtsraths-Mitglieder, Herren Sanitätsrath Dr. Schörlau-Stettin und Bauinspektor Kolke-Berlin wurden wieder gewählt. Die Generalversammlung beschloß ferner die Neuaussage von 600 000 Mark Stamm-Aktien und setzte das Bezugsrecht auf diese neuen Aktien in der Weise fest, daß auf je 4000 Mark alte Aktien eine neue Aktien über 1000 Mark zum Kurse von 135 Prozent bezogen werden kann.

— Der bekannte hiesige Frauenarzt Dr. Wilhelm Pajenow ist heute Morgen in Folge eines Schlaganfalls plötzlich im Alter von 49 Jahren verstorben.

— Wenn man heutzutage 5- und 10jährige Jubiläen feiert, so beweist das in unserer schnelllebigen Zeit, daß man schon hierin einen großen Erfolg erblickt. Wie viel mehr ist es bedeutsam, wenn ein Geschäft reip. Firma auf ein 50jähriges Bestehen zurückzuführen und sich eines Erfolges rühmen kann wie das Haus G. Simon, Musikalien-Sortiment-Verkaufsstall und Verlag, das Sonnabend sein 50jähriges Geschäftsjubiläum begeht. Am 1. April des Jahres 1849 übernahm der vor 9 Jahren verstorbene Herr Emil Simon das Geschäft und brachte es zu hoher Blüthe und Ansehen. Seit dem Ableben des Benannten führt es der Sohn Herr Ernst Simon mit Geschick und Glück weiter. Das solide und pünktliche Geschäftsgehehen hat demselben hier am Orte einen ersten Platz geschaffen und sein Renommee geht weit über die Grenzen Stettins hinaus. Unter die gewiß zahlreichen Glück- und Segenswünsche der vielen Freunde und Gönner für die anerkennenswerthe Thätigkeit des Hefs wollen wir gern auch die anbringen legen: Vivat, floreat, crescat.

— Nach der Schluß der Konzert-Saison wird sich unsere heimische Sängerin Frä. Martha Münch in einem eigenen Konzert vorstellen, welches für Donnerstag, den 6. April, im Saale der Abendhalle stattfindet. Die Konzertgeberin gehört mit Recht zu unseren begabtesten und beliebtesten Sängerinnen, welche fortgesetzt mit ihrem Organ im Dienste der Wohlthätigkeit wirkt und sich als Kirchenfängerin einen wohlklingenden Namen erworben hat. Es wäre zu wünschen, daß mit Rücksicht hierauf das von ihr veranstaltete Konzert sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hätte, um so mehr, als dasselbe durch die Mitwirkung der Geschwister Margarethe und Magdalene Nisch einen besonderen Reiz gewinnt.

— Der Spielplan für die Festtage ist im Bellevue-Theater in folgender Weise festgelegt: Sonntag Nachmittags: „Der Hypothekenspekulant“, Abends: „Die Fiebermaus“; Montag Nachmittags: „Ein toller Einfall“, Abends: „Die Geisha“; Dienstag Nachmittags: „Cyrano de Bergerac“, Abends: „Die Geisha“.

— Ein buntes Durcheinander von Künstlern wird sich während der Festtage im Konfortia-Theater zum ersten Male vorstellen, denn die Direktion hat weitestgehende Engagements abgeschlossen, so mit dem Klown Mr. Ravater, der ein volles Orchester von Hunden vorführt. Weiter Miß Adelhaide und Little Grich in ihren Produktionen am Lustapparat. Dazu gesellt sich die Bolli-Truppe am dreifachen Trapez und die Kunstfahrradfahrerinnen Geschwister Perella. Neu für Stettin ist der plattdeutsche Komiker Herr Hellwig und die Zither-Virtuosin und Soublerin Frä. Schmidt, original die Miniaur-Soubrette Gretchen Perella auf dem Zweirad; dazu kommt ein Frä. Pehmann, eine gute Liebesfängerin, in Miß Mona eine englische Sängerin und Tänzerin und in Frä. Postnelli eine Soubrette, ferner sind die beliebtesten Duettsiten Geschwister Sordaan noch für kurze Zeit gewonnen. Man sieht, an Abwechslung fehlt es dem Programm nicht.

* Einer im Hause Dorfstraße 33 wohnhaften Arbeiterfrau wurden aus ihrer Kommode 90 Mark in Gold, jedenfalls sauer erparates Geld, gestohlen. Die Frau muß tagsüber auf Arbeit gehen und dieben dann regelmäßig nur Kinder zum Schutz der Wohnung zurück, sodaß ein mit den Verhältnissen vertrauter Dieb leicht die beste Gelegenheit zur Wegnahme des Geldes ergreifen konnte.

in sich auf die Kriegsschiffe.